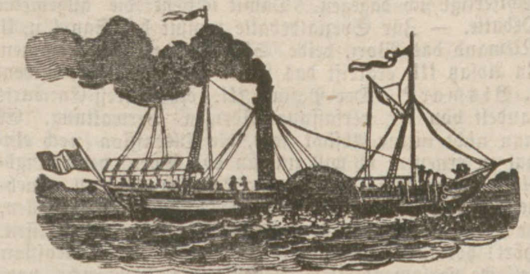
Danziger Dampfboot.

№ 26. **1863.**

Sonnabend den 31. Januar. **34ster Jahrgang.**



Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Bür.
In Breslau: Louis Stangen.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 29. Januar.

Die Communication mit Warschau ist wieder unterbrochen; der Warschauer Bahnzug ist ausgeblieben.

— Die „Breslauer Zeitung“ meldet, daß die Eisenbahn bei Petrikau heute wieder zerstört ist.

Kassel, Freitag 30. Januar.

Der Geh. Ober-Finanzrath Schnackenberg hat seine Entlassung als Vorstand im Finanzministerium eingereicht. Auch das Verbleiben der anderen Minister ist unsicher.

Triest, 29. Januar.

Berichte aus Athen vom 24. Januar melden, daß in der Maina ein Aufstand wegen Wahlannullirung ausgebrochen sei und Truppen dorthin gesendet wurden. Im Piraeus haben Conflicte stattgefunden, bei denen französische Matrosen betheiligt waren. In Nauplia ist ein englischer Unteroffizier getödtet worden. Die Gesandten erklären, Griechenland werde unter keinen Umständen besetzt werden. (H. N.)

Paris, Freitag 30. Januar, Abends.

In dem heute der Legislative vorgelegten Adreßentwurf heißt es: Die Kammer lasse der Politik des Kaisers ihre volle Zustimmung zu Theil werden, sie hoffe eine glückliche Beendigung des mexikanischen Krieges, sie bedauere, daß die Mächte der Vermittelung Frankreichs in Amerika nicht beigetreten seien. Die Adresse billigt es dann, daß der Kaiser Italien unterstützt habe, ohne mit der Revolution zu paktiren und daß er die Unabhängigkeit des heiligen Vaters geschützt habe. Der Kaiser möge bei einer Politik beharren, welche die Gemüther so glücklich besänftigt habe und den Gefühlen des katholischen liberalen Frankreichs entspreche. Nächsten Montag wird die Diskussion über die Adresse beginnen.

London, Donnerstag 29. Januar.

Wie Nachrichten per „City of Washington“ aus New-York vom 17. d. berichten, hatte der Präsident Jefferson Davis dem consöderirten Congresse seine Botschaft zugehen lassen. In derselben giebt er die Wiederherstellung des Friedens als seinen lebhaften Wunsch zu erkennen, aber zugleich den festen Entschluß sich nicht zu unterwerfen. Die Botschaft bezeichnet das Verfahren der Unions-Truppen als grausam und empörend, und erklärt, daß die Unionsoffiziere, welche die Sclaven-Emancipations-Proklamation des Präsidenten auszuführen versuchen würden, im Fall der Gefangennehmung, wie Verbrecher, welche zur Insurrection aufgereizt hätten, gerichtet werden sollen. Die Botschaft beklagt sich auch über die Neutralität der europäischen Mächte, ohne daß dieselben den Süden anerkannt hätten.

— Die Expedition unter General Mc'Clernand hat die Stellung der Consöderirten in Arkansas genommen; 7000 Consöderirte sollen sich ergeben haben. Der consöderirte General Bragg ist durch General Longstreet ersetzt worden.

— Man erwartet, daß die Potomac-Armee im Kurzen eine vorrückende Bewegung machen wird. (H. N.)

London, Freitag 30. Januar, Mittags.

Aus Newyork sind pr. Dampfer „Nova Scotian“ Berichte eingegangen, die bis zum 15. d. M. Abends reichen. Nach denselben soll der konföderistische General Longstreet in Tennesse eingerückt sein und einen Angriff auf General Rosenkranz vorbereiten. Auf dem Cumberlandflusse haben die Konföderirten fünf Unionsdampfer und ein Kanonenboot genommen und zerstört.

Madrid, 28. Januar.

Es gilt für wahrscheinlich, daß Isturitz zum Gesandten in Paris ernannt werde. O'Donnel hat eine Unterredung mit Olozaga gehabt, die zu vielen Vermuthungen Anlaß giebt. O'Donnell hat das Vertrauen der Krone. (H. N.)

Petersburg, 30. Januar.

Das heutige „Journal de St. Petersbourg“ bringt Details über die Ereignisse in Polen, beklagt sich über die große Theilnahme der polnischen Geistlichkeit am Aufstande und spricht seine Freude darüber aus, daß die Studirenden ihre Theilnahme verweigerten. Gestern hat der russische Obrist Suckow einige Banden in den Wäldern bei Ploski (Plock?) angegriffen und in die Flucht geschlagen; es wurden 38 Gefangene gemacht, worunter ein Hauptagitator, ein Priester. Mehrere Banden beginnen sich zu zerstreuen, viele Arbeiter kehren in die Fabriken zurück. Die Rekrutirung in der Provinz ist ohne Hinderniß vor sich gegangen. Warschau ist ruhig.

— Aus Warschau vom 29. d. M., Nachmittags, wird berichtet, daß ein Kosaken-Detachement aus Modlin ausgezogen und eine Insurgentenbande vernichtete. Letztere hatte 20 Todte, 6 Verwundete und 42 Gefangene. Die Kosaken zählten 3 Verwundete. Die Warschau-Petersburger Telegraphen-Linie war diese Nacht unterbrochen.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

6. Sitzung. Donnerstag 29. Januar.

Das Haus der Abgeordneten setzte heute die Adreßdebatte fort. — Am Ministertisch sind Anfangs der Ministerpräsident, der Ackerbau-, Justizminister und der Minister des Innern anwesend. Das Wort erhält zuerst als Antragsteller auf Erlaß einer Adresse der Abgeord. Reichensperger (Geldern). Derselbe beginnt mit der Versicheruug, daß er nicht zum zweiten Male gesprochen haben würde, wenn ihn nicht die Reden des Ministerpräsidenten provocirt hätten. Diese Reden seien eine offene Kriegserklärung gegen das Haus, gegen die Verfassung. Wenn sich die Regierung nicht mindestens für verpflichtet halte, ein Indemnitätsgesetz einzubringen, dann stelle sie sich direkt außerhalb der Verfassung. Die Auffassung des Ministerpräsidenten von dem durch die Verfassung gewährten Recht sei durch und durch lückenhaft und hinfällig. Redner erläutert die Bestimmungen der Verfassung über das Budget. Sei denn die Verfassung lediglich dazu da, damit die Regierung sagen könne: „stat pro ratione voluntas! sic volo, sic jubeo!“? Das heiße denn doch den nackten Absolutismus herauskehren. (Beifall). Dies sei aber überaus gefährlich. Der berühmte Chatam habe gesagt: „die absolute Gewalt richtet den zu Grunde, der sie besitzt, aber noch viel mehr den, der sie nicht besitzt, aber prätendirt.“ (Ruf von allen Seiten: Sehr wahr!) Was bedeutet denn die Verfassung? Sie ist ja nichts als ein Damm gegen jede Willkür. (Hört! Hört!) Wie und wann sei denn die Verfassung zu Stande gekommen? Durch Bedrängniß der absoluten Herrscher, in den Zeiten der unruhigen Bewegung! Und wenn man unsere Verfassung nicht mehr halten will, so weiß ich gar nicht, welche Verheißungen noch für die Zukunft gemacht werden sollen? (Ruf: sehr wahr!) Die Reden des Ministerpräsidenten seien eine reiche Provocirung. Man müsse immer das thun, was der Gegner nicht wolle. Man könne der Regierung keinen größeren Gefallen thun, als die Majoritätsadresse annehmen, keine größe Unbequemlichkeit bereiten, als durch Annahme seiner Adresse. Nicht das Haus aber das Land sei verantwortlich.

Der Referent Abg. v. Sybel: Neues sei kaum mehr zu sagen. So scharf und gespannt auch unsere Krisis sei, sie werde ein Ende finden, das lehrt ein Blick auf die Vergangenheit. Vor 13 Jahren habe der kurhessische Minister Hassenpflug das Land mit österreichischen und baierischen Truppen erobert, angeblich im monarchischen Interesse, damit der Kurfürst wirthschaften könne wie ein Baumwollenpflanzer von Alabama; vor wenig Wochen aber flammten die Feuerzeichen auf den hessischen Bergen zur Feier des Verfassungsfestes, während jener Minister am Delirium tremens dahinsiechte. Vor 5 Jahren wollte in Baiern auch ein Ministerium nach dem Grundsatze herrschen: Redet, was ihr wollt, wir thun, was wir wollen. Der Träger dieses Systems sei nicht am Delirium tremens gestorben, aber zurückgetreten und Bundestagsgesandter geworden. In Baiern sei das königl. Wort wieder lebendig geworden: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke.“ In Preußen werde auch das gute Recht siegen, der König sei derselbe, der er vor einem Jahre, der er vor 5 Jahren gewesen. Die Minister hätten in diesen Tagen sehr schöne Dinge gesagt, allein es wäre nichts dahinter. Darauf habe man unter Andern Gewicht gelegt, daß der Steuerzuschlag von 25pCt. nachgelassen worden; ja, den hätte das Ministerium gar nicht erheben dürfen, ohne Bewilligung des Hauses (Beifall.) Hieran knüpft der Redner eine spezielle Widerlegung der Ausführungen des Ministerpräsidenten und erläutert diesen Theil seiner Rede in dem Satz, es sei nicht wahr, daß durch die Beschlüsse des Hauses ein Nothrecht entstanden sei, wie man jetzt behaupte (Beifall). Unter Friedrich Wilhelm III. habe im Jahre 1833 ein Kriegsminister erklärt, daß er seinen Willen nicht ausführen könne, der König habe mit einer Verzichtleistung auf 5 Mill. Thaler und Einführung der zweijährigen Dienstzeit geantwortet. Ein constitutioneller Minister vom Jahre 1862 erkläre, er könne sich zwar für die zweijährige Dienstzeit erklären, aber er wolle doch die Befehle des Königs ausführen. Die Budgetfrage sei erschöpfend erörtert, die Sache liege so, daß das Ministerium meine, bei einem Streit des Hauses, wieviel wir ausgeben sollen, können wir ausgehen, so viel wir wollen. (Gelächter.) Nach dem Ministerpräsidenten gehörten 3 Faktoren zum Budget, wenn aber, das liege in seinen Ausführungen, der eine einen Strich mache, so sage er, Euer Strich gilt Nichts, weil ich ihn nicht billige, Ihr seid die Störenfriede, die Auflehner gegen das Gesetz! (Gelächter.) Das Haus denke nach anderen Regeln, handle nach anderen sittlichen Grundsätzen. (Beifall.) Das könne man aussprechen, ohne die Ehrfurcht zu verletzen. Die Regierung lebe in einer andern Welt, handle nach anderen Anschauungen, als die heutige Zeit; sie glaube, sie könne mit dem Gut und Blut der Bürger schalten und walten nach Belieben; das Haus aber glaube, das Geld des Bürgers gehöre ihm und es bewillige es der Regierung erst durch seine Vertreter. Auf diesen Satz gründe sich die Größe Englands, darin liege auch die Kluft zwischen dem Hause und dem Ministerium. Die Verfassungsverletzung des letzteren liege deutlich vor und werde gerade in der Widerlegung durch die Minister zur Evidenz erwiesen. Dieser Umstand begründe die Adresse und motivire den Entwurf der Commission als den klarsten und unzweideutigsten Ausdruck der Gesinnung des Hauses. Der Ministerpräsident habe die Loyalitätsdeputationen geschützt, weil sie das Petitionsrecht hätten; er möge bedenken, daß dies Recht und das der freien Rede Anderer wesentlich beschränkt worden sei. Die „ehrlichen treuen Preußen“ des Minister-Präsidenten hatten sich zum Theil unterfangen, im Angesicht Sr. Majestät des Königs geradewegs das Strafgesetzbuch zu verletzen und kein Minister hätte etwas dagegen unternommen. Dazu dürfe das Haus nicht schweigen, es vindicire sich kein Richteramt, es komme als Kläger, und bei Gott das Material zur Anklage ist groß genug. (Lebhafter Beifall und Ruf: Sehr wahr!) Man habe den Passus über die gemaßregelten Beamten bemängelt. Könne das Haus zu den auf diesem Gebiete vorgekommenen Ungeheuerlichkeiten schweigen? Es würde damit seine Pflicht verletzen. Der einzige Grundsatz, welcher hier maßgebend sein dürfe, sei nur der: dem verfassungstreuen Beamten Schutz, dem verfassungswidrigen Strafe; darüber hinaus

gehe Nichts. Was der Justizminister über die Presse gesagt, sei kaum faßlich. Wenn nach Allem, was geschehen, der Art. 27 der Verfassung durch die Regierung nicht verletzt sei, so höre die Discussion in deutscher Sprache auf. Der Abgeordnete für Beckum habe gesagt, Preußen stehe besser wie Rußland und Oesterreich, wo der Belagerungszustand oft verhängt werden müsse; Redner sei überzeugt, wenn auf der Basis fortgefahren würde, welche die Regierung selbst gewählt, würde ganz Preußen unter Belagerungszustand gerathen. (Beifall.) Wenn der Kriegsminister die friedliebenden Parteilosen zu conservativer Unruhe anregen wolle, nun, so gratulire Redner zu den moralischen Eroberungen, welche die Regierung mit dieser Propaganda machen könne. Es würde systematisch alle Begeisterung für das Heer erstickt, Bürger und Soldat auseinander gerissen und zerklüftet, die Erinnerung an die Großthaten des Heeres verwischt. Man könne zum bevorstehenden Jubelfest die Gräber der Helden mit Blumen schmücken, aber man thäte besser daran, die Standbilder Scharnhorst's und Gneisenau's mit Trauerflor zu umhüllen. Die Regierung müsse stets darauf bedacht sein, ihr wahres Antlitz, das des feudalen Absolutismus, zu verhüllen und sei genöthigt, Verfassungsverletzungen und Rechtsbruch täglich auf einander zu häufen und durch kleine Ausfluchts- und Verlegenheitsmittel zu bemänteln; diese Kleinodien der Vergangenheit seien verkümmert, der Blick in die Zukunft verschleiert, die Gegenwart sei fast zu trübe. — In Bezug auf die Bemängelungen des Passus, der das Ausland betrifft, sei zu erwidern, daß derselbe nicht von einem radicalen Pessimismus, sondern von der Einsicht dictirt worden sei, daß man vor Allem die eigene Erniedrigung bekennen müsse. Wie tief sind wir gesunken, wenn wir das Festhalten an dem abgeschlossenen Handelsvertrage mit Frankreich als außerordentliches Lob hervorheben! Was ist denn geschehen? Man hat Vertragsbruch, also eine offenbare Niederträchtigkeit vermieden. Was ist daran zu loben? Ueber Kurhessen dürfe man gar nicht im Augenblicke sprechen; im letzten Sommer sei das Anderes gewesen, damals hätte sich an eine Action in Kurhessen folgerecht eine freiere Politik im Innern schließen müssen, heute müsse man dagegen kämpfen, daß Recht, Verfassung und Freiheit lediglich zum Gegenstande des Exports gemacht werde. (Beifall.) Das Verdienst der Regierung um Beseitigung des Delegirtenprojectes sei denn doch nur ein sehr relatives. Dies Project sei von vornherein ein todtgeborenes Kind gewesen, man hätte es ursprünglich gegen die Liberalen gerichtet. Nachdem die preußische Regierung nach dieser Richtung hin so schätzbare Dienste geleistet, konnten die Urheber des Delegirtenprojektes dasselbe ruhig bei Seite legen, und nur in dieser Richtung erkenne Redner das Verdienst der Regierung. Die Actionspolitik des Ministerpräsidenten habe sich selbst als nichtsbedeutend geachtet! Wer würde heute an preußische Reformen, an den preußischen Ruf nach einem Parlamente glauben? Nur in Uebereinstimmung von Fürst und Volk sei Preußen mächtig, nur darauf gründen sich die Erfolge der Freiheitskriege gegenüber dem großen Napoleon, unter dessen eiserner Hand das französische Volk unterjocht war. (Beifall.) Im Jahre 1805 hätten Lombars und Genossen eine Discussion, wie die heutige, auch als eine Revolution angesehen, aber durch eine solche Debatte wäre auch vielleicht ein Jena vermieden worden. In einem Augenblicke wie dem gegenwärtigen, in welchem in Rußland ein neuer Geist der Freiheit und des Fortschrittes sich rege, in welchem Oesterreich seine Regeneration begonnen habe, in welchem an den Grenzen des Landes eine polnische Revolution tobe, das Land in seinen Grundfesten zu erschüttern wegen der Militair-Frage, sei unverantwortlich. Man möge bedenken, daß nicht Roß nicht Reisige, sondern das Volk die steile Höhe schützen und sichern, auf welcher Fürsten stehen, daher sei es gerade in dem jetzigen Augenblicke Zeit, daß das Volk zu seinem Fürsten spreche. Die Adresse der Majorität biete hierzu die Hand; die Adresse Vincke's werde eben so wenig und eben so vielen Erfolg erreichen, als die der Majorität. Vincke sei ein Mann von den bedeutendsten Verdiensten. Seine Zähigkeit, Klugheit und Tapferkeit habe aus schwerem Schiffbruche die Möglichkeit zu retten versucht, durch welche die heutigen Verhandlungen sich abwickeln könnten, den Rechtsboden, auf welchem über die Verfassung gesprochen werden kann. Es sei zu bedauern, daß jener verdiente Mann einen anderen Weg eingeschlagen in dieser Sache. Man müsse fest und einig zusammenstehen in diesen schweren Zeiten, um Kraft zu sammeln zum Tragen für die Zeit, in welcher vielleicht Nacht das Vaterland umdüstern könne. Es werde aber auch Kraft nöthig sein für die sicher schlagende Stunde der Freiheit, da Recht und Gesetz wieder zu voller Geltung kämen. (Beifall.)

Der Minister des Innern muß entschieden gegen die Auffassung protestiren, daß von Seiten des Ministeriums Rechts- und Verfassungsbruch vorgekommen. Die Minister handeln nach Recht und bestem Wissen und Gewissen, indem sie zugleich den Verhältnissen Rechnung tragen. Der Minister habe nicht eher sein Portefeuille übernommen, als bis er von Sr. Maj. erfahren, die Armee-Reorganisation müsse auf verfassungsmäßigem Wege durchgeführt und auch die Budget-Angelegenheit auf verfassungsmäßigem Wege erledigt werden. Die Minister seien weit entfernt davon, sich durch die Person Sr. Majestät des Königs zu decken; wie sehr die Ansichten des Königs und der Minister übereinstimmten erhelle aus den bekannten Antworten des Königs auf die Loyalitäts-Adressen. Auch in Bezug auf die Beamten hätte die Regierung correct gehandelt. Es gehe nicht an, daß Beamte Parteiführer seien, ohne daß sie in Conflikt mit ihren Pflichten gerathen. Das Haus, die einzelnen Parteien desselben verlangten von ihren Angehörigen Disciplin, sollte die Regierung für sich auf diese Forderung an ihre Beamten verzichten? Wenn die Beamten davon betroffen worden, so sei dies ihre eigene, nicht aber die Schuld der Regierung. Sollte letztere dulden, daß ihre Untergebenen bestimmen, ob die Regierung tauglich sei oder nicht? Sine ira et Studio gehe die Regierung an die Prüfung der Personalien; oft käme es ihr schwer an, Leute maßregeln zu müssen, welche ihr sonst nahe stehen, sie müsse aber auch in gleicher Weise da, wo es verdient werde, ihre Gegner schützen. —

Der Präsident: Durch die Rede des Ministers sei die Generaldebatte wieder aufgenommen. — Abg. v. Vincke rechtfertigt sich in einer persönlichen Bemerkung gegen v. Sybel und kommt noch einmal auf den Vorzug seines Entwurfes vor dem der Majorität zurück. —

Abg. v. Bockum-Dolffs: Der Minister des Innern könne nur ihn gemeint haben. Wenn er meine, daß er ein Parteiführer sei, so könne er ihn entlassen; eine Ausführung, wie er sie hier gegeben, überschreite seine Befugnisse. — Der Minister des Innern rechtfertigt sich dagegen. Damit schließt die allgemeine Debatte. — Zur Spezialdebatte nimmt bei Satz I. u. II. Niemand das Wort, beide Sätze werden angenommen. Zu Absatz III. ergreift das Wort der Ministerpräsident v. Bismarck: Der Passus III. des Adreß-Entwurfs handelt von der verfassungswidrigen Verwaltung. Es kann nicht meine Absicht sein, die Discussion noch einmal zu erneuen; ich will nur an das Wort „verfassungswidrig" eine kurze Betrachtung knüpfen, ich will annehmen, daß Sie damit ein Verlangen ausdrücken wollen, der König möge das gegenwärtige Ministerium entlassen. (Hört! hört!) Es sind uns im Laufe der Discussion vielfache parlamentarische Regeln und Gebräuche vorgehalten; einer, der allen Ländern eigen, ist derjenige, daß die, welche es unternehmen, ein Ministerium zu stürzen, dem Lande gegenüber die Ehrenpflicht übernehmen, selbst ein neues Ministerium zu bilden. In diesem Sinne hat es mich überrascht, daß ein Mitglied des Hauses uns mehr scharf als durchgreifend angegriffen hat, welches selbst vor nicht langer Zeit die Ueberzeugung hat gewinnen müssen, daß es im Ministerium nicht habe verbleiben können. Aber auch unsern übrigen Gegnern bin ich berechtigt, die Frage zu stellen: wenn der König das Ministerium entläßt, sind Sie wirklich in der Lage, ein anderes zu bilden? (Verwunderung.) Es fällt mir nicht ein, die persönliche Befähigung irgend eines Mitgliedes bezweifeln zu wollen, aber nach der Verfassung beruft Se. Majestät der König die Minister und entläßt sie. Die erste Bedingung um Minister zu werden, ist das Vertrauen Sr. Majestät. Sie werden nun schwerlich Se. Majestät zumuthen, daß er ein Ministerium berufe, welches sein Vertrauen nicht hat. Ich überlasse Ihnen selbst, zu erwägen, in wie weit sie im Stande wären, diese Bedingungen zu erfüllen. Nach Ihrer eigenen Auffassung bedarf das Ministerium auch der Majorität im Hause. Nun sehe ich hier eine große Majorität, welche in der Negative vollkommen einig ist; aber ich frage Sie, über wie viele positive Sätze sind Sie denn einig? (Oh! Oh!) Wählen Sie sich aus irgend einer der verschiedenen Fractionen heute ein Ministerium, ich glaube Ihnen voraussagen zu können, bei dem Sinne, mit welchem Sie die Kritik der Regierung gegenüber zu üben die Gewohnheit haben, wird das Ministerium in kurzer Zeit nicht mehr die Majorität seiner eigenen Partei haben.

Abg. Graf Schwerin (vom Platze): Der Herr Ministerpräsident hat bei den Worten, die er soeben gesprochen, zu deutlich auf mich hingewiesen und auf eine Aeußerung, die ich in der ersten Sitzung dieser Debatte gemacht habe, als daß ich nicht mich für berechtigt glauben könnte darauf ein Paar Worte zu erwidern. Der Herr Minister-Präsident hat von einem Abgeordneten gesprochen, der das Ministerium angegriffen habe. Ich habe das Ministerium nicht angegriffen. Was ich gethan habe, habe ich aber für dringende Pflicht gehalten, ich habe gegen die Theorieen protestirt, die der Herr Ministerpräsident ausgesprochen hat (Bravo!), und dazu, meine Herren, war ich berechtigt, ja sogar verpflichtet. (Sehr wahr! Bravo!) Wenn der Herr Ministerpräsident ferner darauf hingedeutet hat, daß er dies um so weniger erwartet hätte, als die Minister, die vor ihm gewesen seien, ebenfalls gezeigt hätten durch ihren Austritt, daß sie nicht fähig wären, dieses Land zu regieren, so wird mich der Herr Ministerpräsident durch diese Aeußerung nicht dazu hinreißen, das zu thun, was ich bisher sorgfältig zu vermeiden für Pflicht gehalten habe, nämlich von den Verhandlungen zu sprechen, die bei unserer Entlassung zwischen Sr. Majestät dem Könige und diesen seinen Räthen stattgefunden haben. (Bravo!) Eins aber glaube ich sagen zu können, ohne meine Pflicht irgendwie zu verletzen: Se. Majestät haben in der Ordre, mit der Sie die Gnade gehabt haben, mich von meinem Dienste zu entbinden, auszusprechen geruht, daß es geschehe, weil Sie den Grundsätzen Ihre Zustimmung nicht ertheilen könnten, die ich und meine Collegen ausgesprochen hätten als nothwendig anzuerkennen, um mit Erfolg von uns die Regierung fortgeführt zu sehen.

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich bin weit entfernt gewesen, die Gründe des Ausscheidens des Hrn. Vorredners aus dem Amte in seiner Person zu suchen. Ich finde sie in den Verhältnissen, wie sie nun einmal liegen.

Abg. Dr. Gneist: Die Erklärungen des Ministers des Innern und des Minister-Präsidenten legen die tiefe Kluft deutlich blos, welche zwischen dieser Regierung und dem Lande und seinen heiligsten Rechten liegt. Danach werden Sie mir vielleicht glauben, wenn ich sage: Unser Staat hat eine Verfassung und öffentliches Recht, unsre Staatsregierung hat aber verloren das Unterscheidungs-Vermögen zwischen Recht und Unrecht. (Bravo!) Die Regierung hat die Gerichte so vollständig aus dem Gebiete des öffentlichen Rechts herausgedrängt, wie dies sonst nirgend der Fall. Die Gerichte haben nicht einmal mehr zu entscheiden über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Verordnungen. Das Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister, das diesen Mangel ersetzen sollte, ist nicht da. Der Staatsrath, der dritte Halt, der noch übrig gewesen wäre, ist seit 20 Jahren beseitigt. Das Haus hat gewiß Achtung vor persönlicher Ueberzeugung. Und ich selbst habe gewiß so tolerante Anschauungen vom Staate, wie irgend Jemand. Wir stehen aber hier nicht auf dem Boden der Ideen, sondern dem der beschworenen Verfassung. Auch die Toleranz hat ihre Grenzen, wenn man politischen Extravaganzen gegenübersteht, wie sie sich an die Namen des Hrn. v. Bismarck und von Kleist-Retzow knüpfen. (Sehr wahr!) Wenn man mit einer solchen Vergangenheit die Leitung eines Staates übernimmt, sollte man doch suchen dieselbe zu retabliren, aber nicht auf derartige Extravaganzen staatsrechtliche Theorien gründen wollen. Die Verfassungstheorie des Hrn. v. Bismarck beruht auf der Gewissenhaftigkeit der acht Männer, welche die Portefeuilles übernehmen. Nun wir haben im Laufe eines Jahres 13 Minister gehabt, augenscheinlich weil ihre Auffassungen dessen, was Verfassung sei, sich nicht entsprachen. Wann werden die letzten 8 gefunden sein, die die wahre preußische Verfassung finden? Läuft dann Alles zusammen auf die persönliche Meinung und Ueberzeugung der acht Herren, ist die Existenz der Verfassung und des Landes davon abhängig? Offenbar hat dies Ministerium das Ungeheure solcher Verantwortlichkeit gefühlt, und um diese zu mindern, sich durch die Person des Königs gedeckt. (Sehr wahr!) Sie wollen nicht mehr die Verfassung Bismarck-Schönhausen repräsentiren, sie sind die persönlichen Träger Sr. Maj. des Königs. Früher haben die Minister selbst ihre Person eingesetzt und Alles gethan, um den König zu schützen, damit nicht jeder Streit sich verwandle in einen persönlichen Streit zwischen dem König und seinem Lande. Jetzt wird von den Ministern der Streit buchstäblich geleitet auf die Parole „für den König oder gegen ihn." Sie haben den König, den erhabenen Träger der Krone Friedrichs des Großen, in die Lage gebracht, daß im Lande abgestimmt wird über die Verfassung, daß man zählt, wer für den König ist, und wer gegen ihn. (Heiterkeit.) Das ist der schlechteste Dienst, den man einem König erzeigen kann. (Lebhafter Beifall.) — Der Artikel der Verfassungs-Urkunde, um den es sich hier handelt, ist keine Erfindung der preußischen Verfassung; jeder Artikel, jedes Wort der Verfassung, hervorgegangen aus den Erfahrungen von Jahrzehnten, ist ein Stück europäischer Geschichte; jeder Satz erzählt, wie durch diese Friedensformel endlich ein Schutz gewonnen worden gegen die Uebergriffe des Absolutismus. — Wenn die Staatsregierung nicht ihre persönliche Willkür dem entgegensetzen will, können Sie (zu den Ministern gewendet) nicht anders verfahren wie ein legitimer Monarch. Fragen Sie nach dem Recht! aber bloß persönlichen Versicherungen unter dem Schutze des Minister-Portefeuille's," dem beugt das Land sein gutes Recht nicht (Beifall.) Die Parole „ob parlamentarische Regierung, ob königliches Regiment" ist sehr gut ausgedacht von einem Parteiführer, aber leider ist sie nicht wahr, es handelt sich um Cabinetsregierung oder Verfassung (Bravo!) Diese Parole wird besser verstanden werden, weil sie wahr ist. (Bravo!) In dem damaligen Beamtenthum, deren Söhne und Nachfolger Sie hier vor Ihnen sehen, fand sich der Muth, dem Könige zu sagen: Bis hierher ist Recht, und von da an ist Unrecht. Die deutsche Sprache hat kein anderes Wort für Verfassungsbruch als Unrecht. Und weil die jetzigen Minister nur die Befehle des Königs ausführen zu sollen meinen, darum hat sich verdoppelt die Pflicht der Männer, die das Recht kennen, dem Könige zu sagen, wo das Recht und wo das Unrecht, und weil wir vom Lande gewählt sind zu seiner Vertretung, darum sind wir umsomehr berufen, Sr. Majestät zu sagen, ehrerbietigst aber entschieden, daß Sr. Majestät erhabene Rechte vom Gesetze verliehen sind, aber nicht diejenigen Rechte, die der Minister-Präsident vorgestern in seinem Programm ausgeführt hat. (Beifall.) Wir sind darauf angewiesen, über die Häupter des Ministeriums hinweg dem Könige zu sagen, was deutsche Unterthanen haben tausendmal sagen müssen: Gnädiger Herr, Du hast Unrecht. Und unsere Adresse ist jedenfalls ein treuer Ausdruck der Stimme des Landes. Der Conflict hat durch die vorgestrige Erklärung des Ministerpräsidenten, dieses Manifest des Absolutismus vor ganz Europa, eine Schärfe gewonnen, die er vorher nicht hatte. Es ist nicht wahr, daß wir jemals die versöhnende Hand zurückgewiesen. Unser Gewissen ist heut noch so ruhig wie vor 5 Jahren. Wir wissen ruhig und klar, auch auf dieser Seite des Hauses, was wir thun und was wir lassen. Thun die Herren Minister auf ihrer Seite ein Gleiches! (Lebhafter, anhaltender Beifall!)

Nachdem der Abg. Gneist geendet, verlassen viele Abgeordnete gleichzeitig den Saal und es gelingt dem Präsidenten nur mit Mühe, den nächsten Redner, Abg. Reichensperger (Geldern), Gehör zu verschaffen. Der Abgeordnete wendet sich gegen einige Bemerkungen des Vorredners bezüglich der Fraction des Centrums. Der Abg. Virchow verzichtet auf das Wort. Die Discussion ist hiermit geschlossen und der Abschnitt III. wird mit großer Majorität angenommen. Dagegen stimmen die Katholiken und die Altliberalen.

Es folgt die Diskussion über Abschnitt IV.

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich halte es für wichtig, die Schlußworte dieses Abschnitts: „Es (das Land) stand zu seinen Abgeordneten", auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Es fragt sich, in welcher Weise Sie diese Thatsache feststellen? Es giebt hiefür zwei Wege: Wahlen und Zustimmungs-Adressen. Ueber beide Wege will ich mir einige Worte erlauben. Nach der Verfassung (Art. 83) besteht die Volksvertretung aus beiden Häusern des Landtages, und eine Bevorzugung dieses Hauses existirt nur in Bezug auf die Verhandlung der finanziellen Vorlagen. Da Sie sich aber nicht hierauf, sondern auf eine Thatsache berufen, so ist es geboten, derselben näher ins Gesicht zu sehen. Schon gestern ist behauptet worden, daß an den Wahlen sich nur ein Bruchtheil der Wähler betheiligt habe, ich lasse dahingestellt, ob 27 pCt., wie der Kriegsminister, oder 34 pCt., wie der Abgeordnete von Unruh behauptete. Von diesen 27 oder 34 Procent sind die Wahlmänner, etwa 70,000 an der Zahl, gewählt. Aus der Majorität dieser Wahlmänner, der Hälfte, sind

Sie hervorgegangen (Unruhe.) Das Rechenexempel ist unbestreitbar. (Gelächter.) Ich betrachte Ihre Heiterkeit als Zustimmung. — Dieser Umstand hindert freilich nicht, daß Sie die verfassungsmäßige Vertretung des Volkes sind, aber Sie können sich nicht als aus der Majorität des Volkes hervorgegangen bezeichnen, zumal Sie nicht einen Nachweis dafür beibringen können, daß selbst Ihre Wähler mit Ihnen übereinstimmen. — Ein zweiter Weg zur Feststellung der behaupteten Thatsache liegt in den an Sie gerichteten Zustimmungsadressen, welche von 300 oder ich weiß nicht wie vielen Tausenden unterschrieben sind. Ich will keinen Werth darauf legen, daß die entgegengesetzten Adressen mehr Unterschriften haben; es kommt darauf nicht an, da wir nicht unter dem allgemeinen Stimmrecht, sondern unter der Herrschaft des Königthums und der Gesetze leben.

Abg. Dr. Faucher: Ueberraschender war mir nichts als der Zweifel des Herrn v. Bismarck, ob das Land zu uns stehe. Herr v. Bismarck hat ja das beste Mittel an der Hand, dies zu constatiren: die Auflösung; da er aber die Auflösung nicht empfohlen hat, so wissen wir durch ihn selber, daß die Majorität uns gesichert sei. Bei seiner Rechnung hat Herr v. Bismarck eine Wahrscheinlichkeits-Rechnung vergessen. Wenn 30 Procent der Wähler gestimmt haben, so kommen nach den Stimmverhältnissen des Hauses auf uns 25, auf unsere Gegner 5 Procent. Es blieben somit 70 Procent übrig, die aber der Herr Kriegsminister alle für sich in Beschlag nimmt. (Große Heiterkeit.) Das ist aber unbillig, mindestens müßten wir doch theilen, 35 für uns, 35 für Sie; dann haben wir aber 60, also wieder die Majorität. (Heiterkeit.)

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. v. Unruh weist durch Zahlen nach, daß das Abgeordnetenhaus aus der Majorität der Wahlen der ersten und zweiten Klasse hervorgegangen ist. Wenn man dennoch dem Hause vorwirft, es sei aus Minoritätswahlen hervorgegangen, so kann sich das nur auf die Wähler dritter Klasse beziehen. Das würde dann die Schuld auf das Wahlgesetz fallen, für das wir nichts können.

Es erfolgt darauf die Abstimmung über Alinea 4. Dasselbe wird angenommen.

Justizminister (mit Zeichen freudiger Ueberraschung empfangen): Es sei von Verläumdungen des Hauses in dem Entwurfe die Rede und darin Personen angeklagt, die hier nicht vertreten. Gegen die desfallsige Andeutung des Abg. v. Vincke wolle er bemerken, es sei doch nicht seines Amtes, gerichtliche Verfolgungen einleiten zu lassen. Nach §. 101 des Strafgesetzbuches habe das hohe Haus bekanntlich die Ermächtigung dazu zu ertheilen. Es möge diese Ermächtigung an ihn richten, und er werde thun, was seines Amtes. Oder solle er diese Ermächtigung beantragen? Sobald die Sache aber in der Adresse zur Sprache komme, könne er das doch nicht, da er ersehe, daß das Haus wolle sie eben auf einem andern Wege erledigen. (Große Heiterkeit.) Es werde dies aber auch aus einem andern Grunde nicht thun. Schon früher sei es stets Rechtens gewesen, daß wegen an Se. Maj. gerichteter Eingaben eine Verfolgung nicht eingetreten sei, ohne ausdrücklichen Befehl Sr. Majestät, weil Niemand bei derartigen Eingaben in der Wahl seiner Ausdrücke beschränkt sein solle. Aus diesem Grunde sei also auch wegen der sogenannten Loyalitätsadressen eine Verfolgung nicht eingeleitet worden.

Abg. Virchow: Absatz IV. der Adresse enthalte nicht einen Vorwurf deshalb, weil gegen die Loyalitätsadressen nicht gerichtlich eingeschritten worden. Er glaube auch nicht, daß das Haus dies wünsche. Es handle sich vielmehr um eine Beschwerde über das Ministerium, die solche Adressen an Se. Maj. gelangen ließen.

Abg. v. Vincke: Er habe nicht von gerichtlicher Verfolgung gesprochen, sondern, wie der Abg. Virchow gesagt, daß die Aufgabe der Minister gewesen wäre, jene Adresse nicht an Se. Maj. gelangen zu lassen.

Der Schluß der Discussion über Passus V. und dieser selbst wird angenommen. (Dagegen die Katholiken.)

Zu Abschnitt VI. giebt der Abg. v. Bockum-Dolffs die Erklärung ab, daß er, als von den bezüglichen Maßregelungen betroffen, sich der Abstimmung über diesen Punkt enthalten werde. Die Abgg. Seubert und Krieger schließen sich dieser Erklärung an.

Abg. Immermann: Ich hatte mir vorgenommen, darüber zu sprechen, daß in einer der im Passus 6 der Adresse gerügten Maßnahmen der Regierung kein Gebrauch sondern ein Mißbrauch der Disciplin liege, daß sie außerdem eine Gesetzesverletzung enthalte. Das ganze Material, was ich hierzu gesammelt, lasse ich nach den erschöpfenden Auseinandersetzungen der früheren Redner liegen. Nur was ich zum Schluß sagen wollte, führe ich kurz an. Die Maßregeln der Regierung sind objektiv unsittlich, weil sie mit Erfolg durchgeführt den Beamtenstand depraviren. In jedem Menschen ist ein sittlicher Kern, seine Ueberzeugung. Schmach und Schande über den Mann, der das, was er als nothwendig erkannt hat, verleugnet. Schmach und Schande vor Allem über den Beamten, über den Richter, dessen Beruf es gerade ist, nach seiner Ueberzeugung zu thun. Diese Maßregeln, mit Erfolg ausgeführt, überhäufen den Beamten mit Schmach vor sich, vor dem Volke. (Hört!) In die sittliche Region reicht keine Disciplin, in dieser stehe ich wie der Minister nur vor dem obersten Richter. Diese Maßregeln sind aber nicht nur nach allgemeinem sittlichen Gefühl unrichtig, sie sind auch unchristlich. Ich stehe und bleibe fest auf dem Boden des positiven Christenthums. Dies Bekenntniß kostet mich Mühe, nicht weil ich mich scheue, sondern, weil man manches Zarte nicht gern auf den Markt trägt. Ich habe mich überwunden. Das Christenthum hat mich belehrt, daß der Grundgedanken desselben Wahrheit ist. (Bravo!)

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Alinea 6 wird angenommen. Alinea 7 wird ohne Discussion angenommen.

Hierauf ergreift das Wort der Ministerpräsident von Bismarck: Was das Bestreben, dem Auslande gegenüber das Vaterland als erniedrigt darzustellen, betrifft, das zu beurtheilen, überlasse ich dem Lande. Ich verliere darüber kein Wort und will mich nur nach zwei Seiten beruhigend darüber aussprechen, einmal um das Haus selbst zu beruhigen, zweitens um nach außen hin darüber zu beruhigen, als ob der innere Conflict uns verhindern könne, unsere Kraft nach außen zu wenden. In ersterer Beziehung würde das Mittel zur Ausgleichung schlimmer sein als der Conflict selbst, und ich habe dieses Mittel bereits gekennzeichnet. Wir glauben die inneren Fragen mit Ihnen oder Ihren Nachfolgern erledigen zu können, ohne dem Ansehen Preußens im Auslande zu schaden. Aber, meine Herren, Sie selbst würden nicht im Stande sein, uns, den Beistand des Landes und die Mittel zu versagen, die nöthig sind, die Wehrkraft Preußens nach Außen hin aufrecht zu erhalten. —

Die Abschnitte IX. und X. werden ohne Discussion angenommen.

Bei der Schluß-Abstimmung erhebt sich für den Entwurf des Abg. v. Vincke die nächste Nachbarschaft desselben, für den Entwurf des Abg. Reichensperger die katholische Fraction mit Ausnahme der Abgg. v. Mallinkrodt und Plaßmann. Der Präsident verkündigt die Ablehnung beider. Es wird nach einigen Zwischenfällen zur namentlichen Abstimmung über den Adreß-Entwurf der Commission geschritten. Von 323 Mitstimmenden wird der Entwurf Virchow-Carlowitz mit 255 gegen 68 angenommen.

Der Präsident geht hierauf, nach §. 68 der Geschäfts-Ordnung, zur Wahl der 30 Mitglieder über, welche die an Se. Maj. zu entsendende Deputation bilden sollen. (Der Präsident ist stets Mitglied der Deputation und führt das Wort). „Ich werde", fügt er bei, „unter abschriftlicher Mittheilung der Adresse an den Hrn. Ministerpräsidenten das Ersuchen richten, der Deputation mitzutheilen, wann sie die Adresse zu überreichen hat." Das Loos ergiebt folgende Namen: Bahn, Franoux, Bauck, Runge, Buchholz, Römer, v. Bonin (Stolp), Schömann, v. Bunsen, Graf Cieszkowski, Banck, v. Hilgers, Winckelmann (Recklinghausen), Scheffer-Boichorst, Thomsen, Pelzer, v. Proff-Irnich, Funke, Dr. Paur, v. Patow (Sensation), Rupp, Senff, Schulz (Seehausen), Wilcke, Pilaski, Kreutz, Bauer, v. Leipziger, Rismann, v. Esebeck.

Die Sitzung schließt damit — 3¼ Uhr.

Rundschau.

Berlin, 30. Januar.

— Nach den Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg." ist es mehr als möglich, daß Se. Maj. der König die Adresse des Abgeordnetenhauses annehmen, die Ueberreichung derselben durch eine Deputation aber ablehnen werde.

— Dasselbe Blatt bemerkt: Aus den Schlußworten des Ministerpräsidenten haben Provinzialblätter die Absicht der Regierung gefolgert, das Abgeordnetenhaus zu vertagen oder aufzulösen. Beides versichert das genannte Blatt sei nicht in Frage gekommen.

— Der Wahlbezirk Sternberg (Frankfurt) hat an die Stelle des ausgeschiedenen Geh. Revisionsraths Ambronn den Kreisrichter Ollenroth (liberal) gewählt.

— Aus Gotha wird bestätigt, daß die Thron-Candidatur des Herzogs Ernst von Coburg noch beibehalten wird.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 31. Januar.

— Am nächsten Mittwoch wird Herr Pastor Hevelke zum Besten des Diakonissen-Krankenhauses einen Vortrag über „den Psalter" halten.

— Am nächsten Dienstag begeht der Verein der Liberalen des Danziger Wahlkreises die Gedächtnißfeier des Aufrufs Friedrich Wilhelm III. an sein Volk.

— [Theatralisches.] Zum Benefiz des Fräul. Gerber kam gestern das Wiener Volksstück „Therese Krones" zur Aufführung. Die beliebte Beneficiantin spielte die Titelrolle, und wurde ihre wackere Leistung mit dem Beifall des Publicums begleitet. Da auch die übrigen Rollen brav gespielt wurden; so war die Aufnahme des Stückes im Ganzen eine recht beifällige. Der beschränkte Raum erlaubt es uns diesmal nicht, näher auf das Stück einzugehen.

— Die Sänger Danzig's haben einen schwer zu ersetzenden Verlust erlitten. Der als Solosänger bei den öffentlichen Aufführungen stets mit Beifall gehörte lyrische Tenor, der Buchhalter Herr Friedmann, ist nach 12wöchentlichem Siechthum einer Brustkrankheit erlegen. Der seelenvolle Gesang des Verstorbenen schlug beim letzten Elbinger Sängerfeste so mächtig durch, daß das Publicum den Sänger allseitig hervorrief und mit Beifall überschüttete.

— Der „Männer-Turn-Verein" hält heute eine General-Versammlung.

— Gestern spät Abends verlangten zwei Arbeiter Einlaß in Hallmann's Hotel in der Breitegasse. Als Herr Hallmann ihnen den Einlaß verweigerte, schlugen sie auf denselben los und versetzten ihm mehrere Messerstiche in den Kopf. Die Thäter wurden durch Schutzleute ergriffen und verhaftet.

— Zwei Jungen, welche in der vorletzten Nacht in ein Pulvermagazin des Hagelsberges einschleichen wollten, dabei ertappt und arretirt, gestern aber wieder entlassen wurden, besuchten in der vergangenen Nacht abermals den Hagelsberg und wurden ergriffen, als sie mit zwei Zehnpfündern ausreißen wollten.

— Zu Pr. Eylau, Bartenstein, Rastenburg und Darkehmen, werden am 1. k. Mts. Telegraphen-Stationen mit beschränktem Tagesdienste eröffnet werden.

Braunsberg. Unter den Opfern des brudermörderischen Krieges in Nordamerika befindet sich auch ein Braunsberger, der am 13. Dez. v. J. in der Schlacht bei Fredericksburg gebliebene General v. Willich, dessen Vater, früher Landrath in Preußisch-Polen, im Jahre 1814 als Bürgermeister von Braunsberg starb. Schon als Kind von 3 Jahren entging W. einer drohenden Lebensgefahr, indem er bei einem Falle aus dem Fenster der ersten Etage des Hauses Altstädtische Langgasse Nr. 231 ganz unbeschädigt davonkam. Seine späteren Schicksale sind bekannt. Zum letzten Male war v. Willich als preußischer Artillerie-Offizier im Jahre 1845 hier einige Tage zum Besuch.

— Königsberg, 29. Januar. Der Redacteur der Königsberger Hartungschen Zeitung, E. v. Hasenkamp, ist heute wegen zweier Artikel, unter Annahme von Milderungsgründen, zu 30 Thaler Geldstrafe verurtheilt, der gleichzeitig auf Grund des §. 35a. des Preßgesetzes angeklagte Verleger Hartung aber freigesprochen worden.

— Der Oberst v. Lengsfeld, bisher Brigadier der Ostpr. Artilleriebrigade Nr. 1 ist zum Kommandanten von Wesel ernannt.

— Zu dem Veteranenfest der Freiwilligen von 1813, welches am 3. Februar im Saale des Kneiph. Junkerhofes stattfinden wird, haben sich bis jetzt überhaupt 90 Theilnehmer gemeldet. Der Festsaal wird wie 1838 beim 25jährigen Jubelfeste zu einer Waffenhalle umgestaltet werden, geschmückt mit Kriegstrophäen allerlei Art. Die Studirenden, welche an demselben Tage ihr Gedenkfest feiern, werden die Veteranen durch eine Deputation begrüßen, u. selbige zu ihrem Commers einladen.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Diebssinn.] Von namhaften Phrenologen ist behauptet worden, daß gewissen Leuten ein Diebssinn angeboren sei, und daß diese natürliche Anlage in vielen Fällen kaum durch die Erziehung unterdrückt werden könnte. Diese Behauptung steht nun keineswegs mit den Systemen unserer größten Philosophen und Pädagogen in Uebereinstimmung. Nach den Systemen derselben soll es vielmehr einer naturgemäßen Erziehung vorbehalten sein, den Zögling zum Guten mit Nothwendigkeit heranzubilden. Wo eine sittliche Verwahrlosung im Menschen vorkommt, da schreiben die Anhänger dieser Systeme dieselbe einer mangelhaften Erziehung und nicht einer fehlerhaften Naturanlage zu. Die Gründe, welche sie dafür anführen, sind auch in vieler Beziehung sehr einleuchtend. Trotzdem treten im Leben nicht selten Fälle hervor, welche für die Behauptung der Phrenologen zu sprechen scheinen. Ein solcher Fall wurde am vorigen Montag vor den Schranken des hiesigen Criminal-Gerichts verhandelt. Auf der Anklagebank befand sich die Wittwe Caroline Wieserowki, beschuldigt, in verschiedenen Kaufmannshäusern, wo man sie als Aufwartefrau engagirt hatte, eine Menge von Diebstählen ausgeführt zu haben. Die öffentliche Verhandlung ergab, daß sie bei der Verrichtung ihres Dienstes Alles genommen, was ihr unter die Hände gekommen und irgendwie unter die Schürze oder in die Tasche zu practisiren gewesen war. Auf der Liste der gestohlenen Gegenstände standen: Tabak, Cigarren, Puder, Vitriol, Schweinfurter Grün, Mundlack, Blechbüchsen, Schießpulver und viele andere Gegenstände, die eine Frau durchaus nicht zu gebrauchen vermag. Offenbar war es, daß sie nicht etwa aus Noth, sondern nur aus einem übertriebenen Hang zum Stehlen sich diese Gegenstände rechtswidrig angeeignet. Ob dieser Hang angeboren oder anerzogen gewesen, das wollen und können wir nicht weiter untersuchen. Indessen spricht die Wahrscheinlichkeit für den angeborenen Diebssinn, der bei manchen Individuen so ausgebildet ist, daß sie weiter nichts liegen lassen, als glühendes Eisen und Mühlensteine. Der hohe Gerichtshof verurtheilte die Angeklagte zu einer Gefängnißstrafe von 3 Monaten und Ehrenverlust auf die Dauer eines Jahres.

Kirchliche Nachrichten vom 19. bis 26. Jan.

(Schluß.)

St. Marien. Gestorben: Kaufmann Hasse Sohn Carl Friedrich, 5 T., Gehirnleiden. Schneidergef. Windt Sohn Eugen Franz Gustav, 9 M., Lungenentzündung. Böttchermstr. Jeszewski Sohn Johann August Richard, 9 M., Gehirnentzündung. Reg.-Secretair Seyfert Sohn Walter Johann, 6 M., Magenerweichung. Müllermstr. Rose Tochter Betty Elisabeth, 4 M., Gehirnkrampf.

St. Elisabeth. Getauft: Musikmeister Keil Sohn Friedrich Oskar Carl. Oberfeuerwerker Wackerfuß Sohn Otto Carl August. Magazin-Aufseher Alex Sohn Albert Franz Leopold. Lieutenant und Adjutant Jacobi Sohn Friedrich Eduard Waldemar.

Aufgeboten: Sergeant im Königl. See-Bataillon Carl Heinrich Kattein mit Mathilde Antonie Magdalena Labuhn.

Gestorben: Frau Marie Wohlgeboren geb. Kraus, 44 J., Nervenfieber. Grenadier Aug. Heinr. Knoblich, 21 J. 4 M. 18 T., Nervenschlag. Hautboist Carl Aug. Rother, 19 J. 5 M. 19 T., Typhus. Oberfeuerwerker, Wackerfuß Sohn Otto Carl August, 15 T., Krämpfe, Johann Henning Paffant, 24 J. 3 M., in Folge innerer Vereiterung.

St. Barbara. Getauft: Kaufmann Oehlschläger Sohn Hermann Walter. Reifschlägergef. Oldeweldt Sohn Johannes Eduard Alfred. Schmiedegef. Melchior Sohn Otto Hermann.

Gestorben: Steueraufseher-Wwe. Wilhelm. Schröder Wassersucht. Oderkahnschiffer Schmidt Sohn Friedrich, 15 J., Wassersucht.

St. Salvator. Getauft: Bernsteinarbeiter Christmann Tochter Clara Margaretha.

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königlichen Navigationsschule zu Danzig.

30	4	332,89	+ 5,8	W. mäßig, Nebel u. Regen.
31	8	332,16	+ 3,7	SSW. do. hell u. bew.
	12	331,79	+ 6,5	SW. do. bew. u. trübe.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 30. Januar:
Für Nothhafen:

H. Egholm, Gesina, v. Carlshamm, m. Holz nach Rönne bestimmt.

Angekommen am 31. Januar.

C. H. Janssen, Merces, v. Liverpool, m. Salz. M. H. Bruhn, Preußen, v. Helsingborg; u. J. Nielsen, Susanna, v. Rudkjöbing, mit Ballast.

Nichts in Sicht. Wind: Süd-West.

Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 31. Januar:

Weizen, 70 Last, 130, 131 u. 132pfd. fl. 525; 130pfd. fl. 527½; 127pfd. fl. 504, 510; 126.27pfd. fl. 519; 125.26pfd. fl. 495; 126pfd. u. 124pfd. fl. 480 Alles pr. 85pfd.
Roggen, 116pfd. fl. 309; 119 u. 120pfd. fl. 312; 122pfd. fl. 316½; 123.24pfd. fl. 324 pr. 125pfd.
Gerste kleine 107.108pfd. fl. 228.
Erbsen w. fl. 288, 300, 306, 312, 318.

Bahnpreise zu Danzig am 31. Januar:

Weizen 125—131pfd. bunt 75—85 Sgr.
126—132pfd. hellbunt 80—89/90 Sgr.
134pfd. hochbunt 93 Sgr.
Roggen 119pfd. 52 Sgr.
121pfd. 52½ Sgr. } pr. 125pfd.
125pfd. 54 Sgr.
Erbsen weiße Koch- 51—52 Sgr.
do. Futter- 47—56 Sgr.
Gerste kleine 106—110pfd. 36½—39/40 Sgr.
große 110—117pfd. 40—46 Sgr.
Hafer 65—78pfd. 23—26 Sgr.
Spiritus 14½ Thlr.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Rechts-Anwalt Grolp a. Neustadt. Pr.-Lieut. und Rittergutsbes. Steffens a. Kleschkau. Rittergutsbes. Geysmer a. Wogenab. Gutsbes. Hagen n. Gem. aus Condenen. Ingenieur Urban a. Elbing. Die Kaufl. Schüll a. Düren, Ad. Koch a. Berlin, Aug. Koch aus Leipzig, Joel a. Stettin, van der Berghe u. Gregoire a. Paris, Brauer a. Rotterdam u. Dubois du Luchet aus Mainz. Frau Fabrikbes. Schichau n. Fräul. Tochter a. Elbing.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Tritzschler u. Liebenow a. Berlin, Pfeiffer a. Schwedt a. O. u. van Oversträten a. Inowraclaw.

Walter's Hotel:

Rittergutsbes. Boy n. Gem. a. Katzke. Rentier Fleischer a. Landsberg a. W. Die Kaufl. Zülsdorf aus Stettin, Hartmann a. Schwedt a. O., Pellomski aus Berent, Bohm a. Berlin, Meyer n. Gem. a. Königsberg, Behrendt a. Marienburg u. Proskauer a. Leipzig. Landwirth Gutzeit a. Smazin. Oeconom Prohl a. Zugdam.

Schmelzer's Hotel:

Gutsbes. Graupner a. Tautenheim u Sparmann a. Frankenthal. Die Kaufl. Fuchs, Lilienstein u. Marbach a. Berlin, Lotingk a. Hull u. Mosebach a. Hamburg.

Hotel de Thorn:

Hofbes. Carl Wessel a. Stüblau, Mix a. Kriefkohl u. Schulze a. Kl. Behlkau. Die Kaufl. Kamphrath u. Mohrstädt a. Leipzig, Herzog a. Pr. Stargardt, Kersten a. Mainz, Herrmann a. Eisenach u. Hartung a. Oschotz.

Stadt-Theater zu Danzig.

Sonntag, den 1. Februar. (5. Abonnement No. 9.) **Der Mann mit der eisernen Maske.** Drama in 5 Abtheilungen von C. Lebrün.

Montag, den 2. Februar. (Abonnement suspendu.) **Erste Gastdarstellung** des Königl. Hannoverschen Hofopernsängers Herrn **Albert Niemann. Jacob und seine Söhne,** oder: **Joseph in Egypten.** Lyrische Oper in 3 Akten von Mehul.
₊ Joseph . . Herr Niemann als Gast.

Preise der Plätze. An der Tageskasse: Erster Rang oder Sperrsitz 25 Sgr. — Zweiter Rang 15 Sgr. — Parterre 15 Sgr.
An der Abendkasse: Erster Rang oder Sperrsitz 1 Thlr. — Zweiter Rang 20 Sgr. — Parterre 15 Sgr. — Amphitheater 7½ Sgr. — Gallerie 5 Sgr.

Selonke's Etablissement

auf Langgarten.
Sonntag, den 31. Januar 1863:

CONCERT.

F. Keil.

Oeconomie-Eleven

finden gegen jährliche Entschädigung von 100 Thlrn. zum 1. April d. J. beim Rittergutsbesitzer **Kunde-Parchau** p. Wigodda Aufnahme.

Preußischer Volks-Verein.

Die Mitglieder des Preußischen Volks-Vereins im Danziger Stadt- und Landkreise und die Männer gleicher conservativer Gesinnung werden zu einer am **Mittwoch, den 4. Februar, Abends 6 Uhr, im großen Saale des Schützenhauses hieselbst** abzuhaltenden

General-Versammlung

ergebenst hierdurch eingeladen und um zahlreichen Besuch gebeten. Die Mitglieder haben ihre Karte bei sich zu führen.

Danzig, den 30. Januar 1863.

Der Vorstand.

Einladung
zur
Begründung eines Allgemeinen Begräbniss-Kassen-Vereins

zum Anschluß an die

Allgemeine Renten-, Capital- und Lebens-Versicherungs-Bank

Teutonia in Leipzig

Die Beträge werden nach den Tarifen dieser Anstalt erhoben; sie betragen für jede 10 Thaler Begräbnißgeld, wenn die Person alt ist:

20 Jahre 5 Sgr. 7 Pf. jährlich.	40 Jahre 9 Sgr. 9 Pf. jährlich.
25 „ 6 „ 5 „ „	45 „ 11 „ 7 „ „
30 „ 7 „ 5 „ „	50 „ 14 „ — „ „
35 „ 8 „ 6 „ „	55 „ 16 „ 9 „ „

Specielle ärztliche Zeugnisse werden nicht erfordert. Kosten sind nicht zu tragen und die Auszahlung der versicherten Summen erfolgt in allen Fällen ohne jede Verkümmerung.

Anmeldungen von Personen jedes Alters vom 5. bis zum 65. Lebensjahre, welche binnen 14 Tagen und spätestens bis zum 21. Februar erbeten werden, nehmen die unterzeichneten Agenten entgegen, auch ertheilen dieselben jede gewünschte Auskunft in dieser Angelegenheit.

Danzig, den 31. Januar 1863.

Rudolph Hasse, Breitgasse 17.,
Jacobi, Königl. Oberförster a. D., Heil. Geist-Gasse 49.,
Th. Ripke in **Langefuhr** bei **Danzig,**
Albert Reimer in **Elbing,** Wasser-Straße 24.,
Fr. Rohler in **Pelplin,**
Apotheker **F. Runge** in **Praust,**
A. Gehrmann in **Strasburg, W.-Pr.,**
E. Stoch in **Culm,**
Franz Noetzel in **Schönsee,**
F. Piotrowski in **Graudenz** und

der General-Agent der Teutonia
F. W. Liebert, Vorst. Graben 49. a.

Maskenball
im Friedrich-Wilhelm-Schützenhause.

Ein geehrtes Publikum erlaubte ich mir bereits früher auf den

am Sonnabend, den 14. Februar d. J.,

von mir im Friedrich-Wilhelm-Schützenhause zu arrangirenden Maskenball aufmerksam zu machen.

Herr Balletmeister **Torresse** hat, wie im vorigen Jahre, die Leitung der Tänze übernommen.

Die Musik wird von der Kapelle des 4. Ostpr. Gren.-Regts. No. 5, unter Leitung des Herrn Musikmeister **Winter,** ausgeführt werden.

Für eine dem Feste entsprechende Ausstattung des Saales wird bestens gesorgt werden, sowie die Ordnung in demselben, durch ein zu diesem Zwecke gebildetes Comité, aufrecht erhalten werden soll.

Der Saal ist ausschließlich nur für Masken, die Logen für Zuschauer bestimmt und ist der Preis sowohl für Masken, als auch für Zuschauer auf **1 Thlr.** pro Person festgesetzt.

Billets sind bei den Herren **Hornemann,** Langgasse 51, und **Torresse,** Brodbänkengasse 40, (in den Vormittagsstunden) und bei mir zu haben.

Um eine recht zahlreiche Betheiligung bittet **August Seitz.**

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 4½ Uhr starb am Typhus zu Zellgoscz der Gutsbesitzer

Carl Walbrach.

Diesen unsern harten Verlust zeigen wir seinen und unsern Freunden mit der Bitte um stille Theilnahme tief betrübt an.

Danzig, den 31. Januar 1863.

W. Walbrach in Conitz, als Vater.
E. Walbrach geb. **Rotzoll,** als Mutter.
Therese Rotzoll als Braut.
Dr. Ernst Walbrach und Frau,
Emilie Walbrach,
Emma Rotzoll, geb. **Walbrach,**
Wilhelm Walbrach,
Otto Walbrach,
Franz Rotzoll,
} als Geschwister.

Sehr reeller Guts-Verkauf

von 380 Morgen Preuß., Kr. Memel, in Pausch und Bogen für 20,000 Thlr. bei 8—5000 Thlr. Anzahl. und geregelter Hypothek. Gebäude sehr gut. Revenüen pro Anno ca. 3000 Thlr.

Auch andere vorzügliche Besitzungen in der Tilsit-Niederung von 2 bis für 40,000 Thlr. empfiehlt bestens die **Ostpr. Vermittelungs-Agentur** zu **Neukirch,** O.-Pr. Guddat.

Zu allen Arten Gerichtssiegeln, Wappen-, Brief- u. Wäschestempeln, Oblatensiegeln, Hundehalsbändern, Thürplatten, Taschenmessern, Gold- und Silbersachen etc. werden Aufträge zum Graviren ergebenst erbeten vom Graveur, Stempel- und Wappenstecher **L. L. Rosenthal,** Röpergasse No. 12.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.